

Energiebrief 03/2019

Der Informationsdienst für energiepolitische Entscheider

2 SCHWERPUNKT

Energiepolitik: Klimapakt für Österreich

Durch die Neuwahl verzögerte sich auch die Umsetzung des Erneuerbaren Ausbau Gesetzes (EAG). Doch immerhin: Im Wahlkampf ist die Klima- und Energiepolitik präsent wie nie. Die E-Wirtschaft will diese Themenkonjunktur für einen überparteilichen Klimapakt nutzen. Die Pläne im Detail.

4 ENERGIESTANDORT

Emissionspolitik: Bepreisung statt Bestrafung

Eine CO₂-Steuer ist heftig umstritten. Klar und wissenschaftlich untermauert ist aber eine Ausdehnung der CO₂-Bepreisung auf bisher säumige Sektoren. Wollen wir unsere Klimaziele erreichen, müssen auch Wärme und Verkehr ihren Beitrag leisten.

Wahl und Energiedebatte: Harmonie und ein kleines Teuferl

Traditionell gegen Ende von Nationalratswahlkämpfen lädt Oesterreichs Energie zur energiepolitischen Elefantenrunde. Die Diskussion brachte überraschend große Schnittmengen, aber auch den einen oder anderen persönlichen Schlagabtausch zu Tage.

7 TERMINE

Trendforum: Innovationen für das Energiesystem des 21. Jahrhunderts

Innovationen sind das zentrale Thema des vierten Trendforums 2019.

Seminar: Österreichs E-Wirtschaft kompakt

Lernen Sie in diesem Seminar alle relevanten wirtschaftlichen und technischen Zusammenhänge in der E-Wirtschaft kennen.

8 ÜBER UNS/IMPRESSUM

Energiepolitik: Klimapakt für Österreich

Es ist Wahlkampf – und erstmals steht die Klima- und Energiepolitik ganz oben auf der politischen Agenda. Es fällt allerdings auf, dass dabei vor allem das Bekenntnis im Vordergrund steht, sich dem Thema in der kommenden Legislaturperiode verstärkt widmen zu wollen. Aus Angst vor kritischem Echo scheuen die Parteien in breitenwirksamen Formaten bislang vor der Diskussion konkreter Maßnahmen zurück. Abzulesen war das etwa an der „Schnitzel“-Debatte im Sommer, also der Weigerung, über eine klimapolitisch möglicherweise sinnvolle Anhebung des Fleischpreises nachzudenken, oder der politischen Zementierung des Dieselprivilegs.

BEKENNTNIS ZUM KLIMAPAKT

Angesichts der drängenden internationalen, aber auch nationalen Probleme – Österreich drohen massive Zahlungen, sollte man die eigenen Klimaziele verfehlen – ist spätestens am Tag nach der Wahl die Zeit der energiepolitischen Wahrheit gekommen. Soll Österreich in Europa eine Vorreiterrolle übernehmen, was angesichts der international herausragenden Position, etwa beim Anteil der erneuerbaren Quellen am Strommix, möglich wäre, braucht es klare Weichenstellungen.

Oesterreichs Energie schlägt daher die überparteiliche Verabschiedung eines „Klimapakts für Österreich“ vor. Kaum ein Thema eignet sich so sehr für einen Konsens jenseits von parteipolitischen oder ideologischen Überlegungen wie das Thema Energie – realpolitisch ist zudem klar, dass für zentrale Beschlüsse auch zukünftig eine Zweidrittelmehrheit jenseits der von den Regierungsparteien gehaltenen Mandate nötig sein wird.

Die zentralen Eckpunkte des Klimapakts in der Übersicht:

(Details finden Sie unter:

<https://oesterreichsenergie.at/oesterreichs-energiepolitik.html>)

1. Bekenntnis zum Erneuerbaren-Ausbau

Es braucht ein Incentivierungssystem für den Ausbau erneuerbarer Energiequellen wie Wasser, Wind und Photovoltaik, um tatsächlich die nötigen Investitionen anzustoßen. Dass dabei Stromkunden nicht wesentlich stärker belastet werden als heute und faire Wettbewerbsbedingungen für alle Technologien herrschen müssen, ist ein Gebot der Fairness. Dazu ist es nötig, den Netzausbau durch ein reformiertes Regulierungssystem sicherzustellen und auch faire Bedingungen im Bereich Speicher und Sektorkopplung herzustellen.

2. Sicherheit garantieren, Regulierung entrümpeln

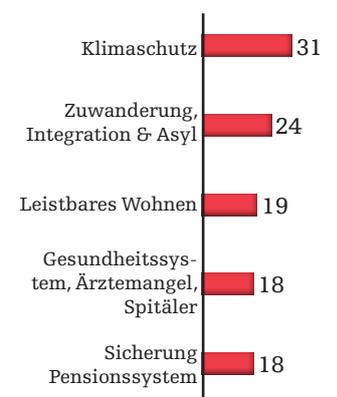
Die hohe Versorgungssicherheit ist ein Asset Österreichs im Wettbewerb. Ihre Leistungsfähigkeit muss im Zentrum der Energiepolitik stehen – gekoppelt mit den Möglichkeiten der Digitalisierung. Das erfordert von der Branche ein anderes Bild von Kunden, die stärker aktive Teilnehmer am Energiemarkt sein werden. Von der Politik erfordert es einen Umbau des rigiden Regulativs. Der Systemwandel braucht Freiräume bei Erzeugung, Verteilung, Handel und Vertrieb. Wer Digitalisierung sagt, muss auch neue Geschäftsmodelle mitdenken. Und hier darf sich der enge regulatorische Rahmen nicht als Bumerang erweisen.

3. Effizienz- und Innovationsanreize

Bisher war der Zugang zur Effizienz sehr einseitig: Gestaltet wurde über

Top-Thema Klima

Erstmals bei einer Nationalratswahl dominieren Klima und Energie die politische Themenlandschaft.



Quelle: Peter Hajek für profil, Umfrage für ATV im Juni 2019 (n = 800)

Verpflichtungen, nicht Anreize. Hier braucht es eine Umkehr. Denn neben dem Ausbau der Erneuerbaren sind innovative Lösungen bei der Energieeffizienz ein zweiter starker Hebel, um die Klimaziele zu erreichen. Österreichs Politik sollte sich nicht scheuen, energiepolitische Leuchttürme zu definieren – und darf diese nicht beim ersten Gegenwind wieder fallen lassen. Erneuerbare Stromproduktion und der Netzausbau gehören in diese Kategorie. Und hier ist klar: Die Verfahrensdauern für große Projekte müssen drastisch verkürzt werden, wollen wir die Energiewende schaffen.

4. Gerechtigkeit in der Energiepolitik

In der Politik ist viel von Gerechtigkeit die Rede. Diese kann es in der aktuellen Energiepolitik aber nur geben, wenn die Wärme- und Verkehrswende mit aller Konsequenz angegangen werden. Daher müssen diese beiden Sektoren in alle Überlegungen für eine künftig umfassende Klima- und Energiepolitik miteinbezogen werden. Eine erfolgreiche Energiewende braucht auch den Siegeszug der Wärmepumpen und der Elektromobilität.

5. Faire CO₂-Bepreisung

Hinter dem sperrigen Titel verbirgt sich ein einfacher Gedanke (s. Story S. 4): Wendet

man die Prinzipien der Energiewende, die schon seit vielen Jahren im Stromsektor gelten, auch auf andere Sektoren an, sind die Klimaziele jedenfalls zu erreichen. Allerdings braucht es dafür entweder einen Umbau im Steuersystem – oder aber die Einbeziehung des Verkehrs und des Wärmesektors ins bestehende Europäische Emissionshandelssystem (ETS).

UNSERE POSITION

- Incentivierungssystem für Wasser, Wind und PV etablieren
- Herstellung fairer Marktbedingungen für alle Technologien
- Neugestaltung des Regulierungssystems – mehr Freiräume statt Gold Plating
- Energieeffizienz über Anreize, nicht über Strafen definieren
- klarer Fokus auf die riesigen Klimapotentiale bei Wärme und Verkehr
- Ausweitung des ETS-Systems – oder Umbau des Steuersystems

75

Aktueller Anteil der erneuerbaren Quellen im Stromsystem in Prozent

20

Aktueller Anteil von Strom am heimischen Gesamtenergieverbrauch in Prozent

10 Jahre unter Strom

Das energiepolitische Programm von Österreichs Energie für die Jahre 2020–2030 (Download unter: www.oesterreichsenergie.at)



Emissionspolitik: Bepreisung statt Bestrafung

Steuerdebatten haben es in Wahlkampfzeiten schwer. Spätestens nach dem Wahltag sollte allerdings eine zentrale klimapolitische Frage rasch angegangen werden: Wie will die Politik die unvermindert hohen CO₂-Emissionen senken? Bleibt man beim aktuellen Regime, ist es nahezu unausweichlich, dass Österreich die Klimaziele von Paris verfehlt. Dann drohen Strafzahlungen in Milliardenhöhe.

CO₂ MUSS SEINEN PREIS HABEN

Will man dieser Bestrafung entgehen, sollte man den Schritt in Richtung einer fairen CO₂-Bepreisung machen. Aktuell ist es so, dass Fehlanreize im Steuer-, Abgaben- und Fördersystem eine Reduzierung der Emissionen verhindern. Eine Änderung der Praxis für die Sektoren Wärme und Verkehr dagegen könnte eine Trendumkehr bringen. International mehren sich jedenfalls die Beispiele, die eine progressive Richtung einschlagen. Schweden etwa hat sich für eine nationale Lösung komplementär zum EU-Emissionshandelssystem (ETS) entschieden, in dieselbe Richtung geht die Debatte in Deutschland¹.

ZWEI WEGE BOTEN SICH MIR DAR

Die künftige Einbeziehung der zwei bisher unterrepräsentierten Sektoren kann über zwei Wege erfolgen: entweder über die politisch viel diskutierte CO₂-Steuer (s. Story ab S. 5) oder über die Etablierung eines Emissionshandelssystems für diese Sektoren. Beide Ansätze sind ökonomisch belastbar. Aktuelle Gutachten bestätigen, dass eine CO₂-Bepreisung nötig ist und sozialverträglich gestaltet werden kann. Für eine CO₂-Steuer spricht die rasche Umsetzbarkeit. Die Ausweitung des ETS wäre Neuland, könnte aber sehr zielgerichtet die beiden bisher weitgehend untätigen Sektoren einbeziehen.

ÖKONOMEN-EMPFEHLUNG

Das Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) empfiehlt – wie die OECD oder die EU-Kommission –, die Steuerlast auf Arbeit zu senken und stattdessen negative Umwelteffekte zu besteuern. Die Einführung einer CO₂-Steuer für die Nicht-Emissionshandelssektoren würde die Steuern gerechter gestalten und klima- wie wachstumstechnisch Vorteile bringen, jedenfalls wenn Einnahmenrecycling erfolgt (z. B. via Ökobonus oder gesenkte Arbeitgeberbeiträge).

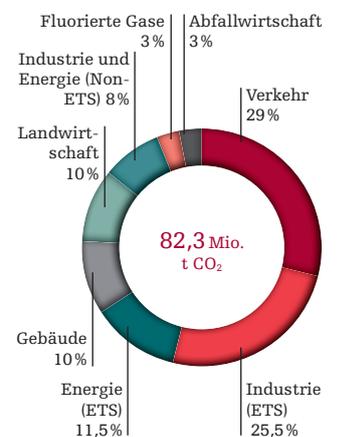
Strom wird aktuell im Verhältnis zu seinen Vorteilen bei Effizienz und Emissionen sehr hoch besteuert. Klimapolitisch sinnvoll ist das nicht, denn die Elektrizitätsabgabe setzt beim Stromverbrauch an, bei dem nicht nach Stromquelle unterschieden werden kann. Die E-Wirtschaft ersteigert im ETS die Zertifikate für die thermische Stromerzeugung zur Gänze. Damit leistet sie bereits jetzt ihren pekuniären Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Eine weitere Belastung des Energieträgers Strom – der schon zu rund 75 Prozent aus Erneuerbaren kommt – wäre kontraproduktiv.

Zeit für Gerechtigkeit

Bisher trugen die Sektoren Wärme und Verkehr kaum zur Klimaziel-Erreichung bei – das muss sich ändern.

Anteile an THG-Emissionen im Jahr 2017

Angaben in Prozent



Quelle: Umweltbundesamt (2019)

UNSERE POSITION

- CO₂-Bepreisung jener Sektoren, die bisher kaum zur Erreichung der Klimaziele beitragen
- Abgabensystem CO₂-orientiert ausrichten
- keine doppelte Belastung thermischer Stromerzeugung und von KWK-Anlagen
- Zweckbindung der ETS/CO₂-Einnahmen
- Senkung der Elektrizitätsabgabe auf EU-Mindestsätze

¹ <https://www.worldbank.org/en/programs/pricing-carbon>

Wahl und Energiedebatte: Harmonie und ein kleines Teuferl

Die energiepolitische Wahldebatte findet schon traditionell unter der Schirmherrschaft von Oesterreichs Energie statt. Auch diesmal war das so – und doch anders: Denn niemals zuvor fand das Thema Klima- und Energiepolitik eine derart breite Resonanz. Darauf verwies auch Leonhard Schitter, Präsident von Oesterreichs Energie, in seiner einleitenden Keynote. „Keine Partei kann es sich mehr leisten, dieses Thema zu ignorieren“, so Schitter. Und er regte den Abschluss eines Klimapakts (s. Story ab S. 2) zwischen den Partnern E-Wirtschaft, Politik und Bevölkerung an.

POSITIVE RESONANZ

Die Moderatorin des Abends, Manuela Raidl von Puls4, nahm den Ball dankbar auf und wollte von den Vertretern der wahlwerbenden Gruppierungen wissen, zu wie viel Prozent sie den Klimapakt von Oesterreichs Energie unterstützten. Das Ergebnis lautete 100 : 90,5 : 85 : 80 : 75. Zumindest drei Viertel an Zustimmung sollten also eine gute Basis für erfolversprechende Klima- und

Energiegesetze in der kommenden Legislaturperiode sein.

Volle Übereinstimmung konstatierte Josef Schellhorn, Wirtschaftssprecher der Neos: „Wir sind uns einig.“ Bei knapp über 90 Prozent siedelte der Vertreter der ÖVP, Nationalratsabgeordneter Andreas Hanger, seinen Grad der Zustimmung an und verwies bei den restlichen zehn Prozent „aufs Kleingedruckte“. Die Grüne Leonore Gewessler legte sich auf 85 Prozent fest und mahnte mit Blick auf wenige Details des Pakts „ein kleines Teuferl“ ein. Gemeint waren unterschiedliche Auffassungen bei den Themen Ausschreibungsverfahren und Gold Plating. FPÖ-Vertreter Axel Kassegger begründete seine „nur“ 80 Prozent Zustimmung mit der „monokausalen Ausrichtung auf eine CO₂-Reduktion“. Muna Duzdar, die Energiesprecherin der SPÖ, wollte ihr 75-Prozent-Agreement ebenfalls als weitgehende Unterstützung verstanden wissen und verwies bloß auf Differenzen beim Thema „verpflichtende Energieeffizienz“.



Andreas Hanger, ÖVP

„CO₂-Zölle“ statt einer nationalen Steuer



Muna Duzdar, SPÖ

„Warnung vor sozialen Auswirkungen einer nationalen CO₂-Steuer.“



Axel Kassegger, FPÖ

„Die Mineralölsteuer ist bereits eine CO₂-Abgabe.“



Fotocredits: Oesterreichs Energie/Christian Fürthner

HITZIGE DEBATTE

Harmonischer als der restliche Wahlkampf gestaltete sich im Anschluss über weite Strecken die Diskussion. Keine Partei stellte die Pariser Klimaziele oder gar die Notwendigkeit einer CO₂-Reduktion in Frage. In die Haare geriet man sich allenfalls bei den dafür geeigneten Maßnahmen. Besonders intensiv wurde das Thema CO₂-Steuer diskutiert. Andreas Hanger (V) konnte einer Steuer zwar nichts abgewinnen, forderte aber CO₂-Zölle an den EU-Außengrenzen für Importware ein. Ähnlich die SP-Vertreterin Muna Duzdar, die sich eine CO₂-Steuer nur im europäischen Gleichklang vorstellen konnte und vor potenziell bedrohlichen sozialen Auswirkungen warnte. Der Verweis auf die EU-Ebene brachte wiederum Josef Schellhorn (N) auf die Palme. Der europäische Gleichklang sei unrealistisch, und Steuern sollten nun einmal „steuern“ und den CO₂-Ausstoß senken, so der Liberale.

FP-Vertreter Axel Kassegger verwies darauf, dass die Mineralölsteuer bereits eine CO₂-Steuer sei, über eine Zweckbindung allerdings ließe er aber immerhin mit sich reden. Leonore Gewessler (G) war das freilich zu wenig – sie forderte einen Ökobonus und auch eine Senkung der Lohnnebenkosten als Ausgleich zu einer CO₂-Belastung.

Den einen oder anderen persönlichen Schlagabtausch gönnten sich die Parteivertreter dann doch, etwa als Hanger auf den Widerstand der Grünen bei erneuerbaren Projekten verwies – oder als Neos-Mann Schellhorn dem VP-Vertreter androhte, ihn auf der „Blutwiese“ wiedersehen zu wollen. Anlass: Hangers (scherzhaft gemeinte) Kritik an „schlechten“ Salzburger Wahlkreisabgeordneten. Aber auch Schellhorn betonte: Im Gegensatz zum CO₂-Steuermodell seiner Partei sei auch sein Einwurf als Scherz zu werten gewesen.



Josef Schellhorn, NEOS

›Eine CO₂-Steuer braucht es, um klimapolitisch zu steuern.‹



Leonore Gewessler, Grüne

›Für eine CO₂-Steuer mit Abfederung durch einen Ökobonus.‹

Wie wir 10 Prozent CO₂ einsparen können:

- Rund 30 TWh Strom mehr aus erneuerbaren Energien bringt



Einsparung von
7,5 Mio. t CO₂
pro Jahr

- Wenn 2030 jeder dritte private Pkw elektrisch fährt



Einsparung von
1,5 Mio. t CO₂
pro Jahr

- Bei Raumwärme und -kühlung Heizöl durch Strom aus erneuerbaren Energien ersetzen



Einsparung von
160.000 t CO₂
pro Jahr

Termine

Trendforum: Innovationen für das Energiesystem des 21. Jahrhunderts

Strom wird auch in den kommenden Jahrzehnten mit einer Spannung von 230 Volt und einer Frequenz von 50 Hertz zur Verfügung stehen. Das System, mit dem wir die wichtigste Energieform der Zukunft zu den Menschen bringen, wird aber völlig anders aussehen als heute. An vielen Stellen ist die Stromzukunft bereits sichtbar, vieles muss noch gebaut und konzipiert werden.

Datum: 21. November 2019; 18.30 Uhr
Veranstaltungsort: Wolke 19, Ares Tower, Donau-City-Straße 11, 1220 Wien
Anmeldung/Auskunft: trendforum@oesterreichsenergie.at

Seminar

Österreichs E-Wirtschaft kompakt 2.0

Lernen Sie bei diesem Seminar wirtschaftliche und technische Zusammenhänge der E-Wirtschaft kennen, und erfahren Sie mehr über die Hintergründe und die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Erzeugung, Netze, Handel & Vertrieb und Recht. Darüber hinaus erhalten Sie Einblicke in die energiewirtschaftlichen Mechanismen der EU und die wichtigsten technischen Regelwerke von Oesterreichs Energie. Eine Exkursion zur Austrian Power Grid Control rundet das Angebot ab.

Datum: 1. bis 2. Oktober 2019
Veranstaltungsort: Oesterreichs Energie, Brahmplatz 3, 1040 Wien
Anmeldung/Auskunft: akademie@oesterreichsenergie.at

Oesterreichs Energie

Oesterreichs Energie ist die Interessenvertretung der heimischen E-Wirtschaft. Der Präsident ist aktuell Salzburg AG-Vorstand Dr. Leonhard Schitter, M.A., Vize-Präsidenten sind Dipl.-Ing. Wolfgang Anzengruber (Vorsitzender des Vorstandes, Verbund AG), KommR Prof. Ing. DDr. Werner Steinecker, MBA (Vorstandsvorsitzender, Energie AG Oberösterreich) und Mag. Stefan Szyszkowitz, MBA (Vorstandsdirektor, EVN AG).

Seit 1953 vertritt Oesterreichs Energie die Interessen ihrer Mitglieder in deren Tätigkeitsfeldern: Erzeugung, Netze und Handel & Vertrieb. Dabei arbeitet Oesterreichs Energie laufend mit nationalen und internationalen politischen Entscheidungsträgern, Behörden und Körperschaften zusammen und vertritt die akkordierten Positionen der gesamten Branche. Derzeit repräsentiert Oesterreichs Energie rund 140 Unternehmen, die knapp 20.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, und schließt jährlich die Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte der Elektrizitätsunternehmen für das gesamte Bundesgebiet ab.

Die von Oesterreichs Energie vertretenen Mitglieder generieren mehr als 90 Prozent der gesamten österreichischen Stromerzeugung mit einer Engpassleistung von über

25.400 MW und einer Brutto-Stromerzeugung von 67,5 TWh jährlich. Darüber hinaus werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmen rund 260.000 km Leitungen betrieben und ausgebaut.

Die Leistungen der E-Wirtschaft haben weitreichende Effekte über den Sektor hinaus: Jede investierte Milliarde Euro der E-Wirtschaft bewirkt ein Produktionsvolumen von rund zwei Milliarden Euro in der gesamten heimischen Volkswirtschaft.

Pro investierter Milliarde Euro schafft beziehungsweise sichert die E-Wirtschaft 7.300 Arbeitsplätze und erhöht die Wertschöpfung in Österreich um zusätzliche 670 Millionen Euro.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und stehen Ihnen für Auskünfte und weitergehende Hintergrundinformationen jederzeit gerne zur Verfügung!

Generalsekretärin Dr. Barbara Schmidt
b.schmidt@oesterreichsenergie.at

Sie finden die Energiebriefe in elektronischer Form auch unter:
<http://oesterreichsenergie.at/energiebrief.html>

Impressum
Österreichs E-Wirtschaft
Brahmsplatz 3, 1040 Wien
Tel. +43 (0) 1 501 98 225
Fax +43 (0) 1 501 98 900
www.oesterreichsenergie.at



Präsident Dr. Leonhard Schitter und
Generalsekretärin Dr. Barbara Schmidt